

Untersuchungen.

Im Abgeordnetenhanse ist gestern der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Aufhebung der Verpflichtung zur Bestellung von Amtsfunktionen, zur Vertheilung gelangt. Der Entwurf lautet:

§ 1. Die Verpflichtung der Staatsbeamten zur Kautionsleistung nach Maßgabe des Gesetzes, betreffend die Kautionen der Staatsbeamten, vom 25. März 1873 (G. S. S. 125) wird vorbehaltlich der Bestimmung in § 2 des gegenwärtigen Gesetzes aufgehoben. § 2. Unberührt bleibt die Verpflichtung der Gerichtsvollzieher und der Hypothekendarlehner im Geltungsgebiete des rheinischen Rechts zur Bestellung von Antikautionen. Durch Beschluß des Staatsministeriums kann für diese Beamten an Stelle der in den §§ 4 bis 12 des Gesetzes vom 25. März 1873 (G. S. S. 125) vorgeschriebenen Art der Kautionsbestellung eine andere Form der Sicherheitseistung, insbesondere die Uebnahme einer Gesamthaftung durch eine Vereinigung von Beamten, zugelassen werden. § 3. Die Antikautionen der nach § 1 von der Kautionsleistung befreiten Beamten werden zurückgegeben. Die Maßgabe erfolgt nach näherer Bestimmung des Finanzministers innerhalb einer zweijährigen Frist nach Inkrafttreten dieses Gesetzes. Für etwaige vor der Maßgabe bekannt gewordene Ersatzansprüche bleiben die Kautionen verhaftet. Die Maßgabe bleibt in Höhe der erhobenen Ansprüche bis dahin angesetzt, daß über die Begründung der letzteren endgültige Feststellung getroffen ist.“

In der dem Entwurf beigegebenen Begründung wird ausgeführt: Das so geregelte Kautionswesen hat sich nach den bisher gemachten Erfahrungen nicht bewährt. Zunächst erwachsen für die zahlreichen Beamten, welche nicht in der Lage sind, die Kaution aus eigenen Mitteln oder durch Hilfe von Freunden oder Verwandten zu erlegen, aus der Verpflichtung zur Kautionsleistung schwere wirtschaftliche Nachteile. In der Regel sind derartige Beamte gezwungen, die Gewährung eines Kautionsdarlehens seitens einer Lebensversicherungsgesellschaft in Anspruch zu nehmen. Außer der Prämie für die einzugehende Lebensversicherung haben sie also den Verzinsung der Kautionssumme mit 5 Prozent aufzubringen, während sie aus den hinterlegten Papieren nur $\frac{3}{4}$ v. H. beziehen. Daneben ist regelmäßig noch der Betrag von 1 bis 2 v. H. als Mißproprämie und Verwaltungskostenbeitrag zu zahlen, wozu in vielen Fällen noch Amortisationsbeiträge für das Kautionsdarlehn treten. Ähnlich hohe Leistungen haben diejenigen Beamten aufzubringen, welche die Hilfe von sogenannten Kautionsgesellschaften oder von gewerbsmäßigen privaten Geldverleihern in Anspruch nehmen. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß durch derartige Opfer die wirtschaftlichen Kräfte der Beamten in einer Weise angepaßt werden, die zu ihrem dienstlichen Entkommen in der Regel in keinem richtigen Verhältnis steht. Da die Zahl der kautionspflichtigen Beamten rund 35 500, die Summe der hinterlegten Kautionen nahe 44 Millionen Mark beträgt, so ist die Annahme, daß die Anbringung der Kaution der Gesamtheit der betreffenden Beamten jährlich eine Million kostet, kaum zu weitgehend. Nicht minder empfindlich machen sich für die kleineren Beamten die zur Beschaffung der Kautionsseffekten bewirkten Gehaltsabzüge geltend. Nach einer kürzlich für den Bereich der Eisenbahnverwaltung angestellten Erhebung betrug der Bestand der derartigen durch Gehaltsabzüge angekauften Baarkautionen 832 600 Mark; unter Zugrundelegung einer dreiprozentigen Verzinsung entgehen den betreffenden Beamten durch die zinslose Aufbewahrung dieser Summe rund 25 000 Mark jährlich, ein Betrag, der die zur Deckung von Defekten aus den Kautionen sämtlicher Eisenbahnbeamten im Etatsjahr 1895—96 entnommene Summe um mehr als das Doppelte übersteigt. Den bedeutenden finanziellen Opfern, die den Beamten aus der Kautionsleistung erwachsen, steht ein annähernd entsprechender Vortheil für die Staatskasse nicht gegenüber. Nach einer für das Etatsjahr 1893 bis 94 angestellten Ermittlung betrugen die innerhalb der gesamten Staatsverwaltung festgestellten Kassendefekte 162 015 Mark, also noch nicht $\frac{1}{10}$ v. H. der gesamten Kautionssumme von 43 733 739 Mark. Dieses Jahr war dabei ein besonders ungünstiges, weil darin ein einzelner Defekt von 70 600 Mark vorgekommen ist. . . . Der Nutzen des Kautionswesens für den Staat wird völlig illusorisch durch die erheblichen Kosten, welche die Verwaltung der Kautionen verursacht. . . . Für die Eisenbahnverwaltung, der die Mehrzahl der kautionspflichtigen Beamten angestellt worden, ist eine solche Berechnung angestellt worden. Danach erfordert die Verwaltung der Kautionsfachen 35,56 Arbeitskräfte, wozu noch 1300 Mark sächliche Kosten treten. Von den persönlichen Ausgaben würden bei Anhebung des Kautionszwanges 24 Köpfe mit einem Geldebetrage von 65 610 Mark vom Etat abgezogen werden können. Die festgestellten Defekte in der Eisenbahnverwaltung betragen nach dem elfjährigen Durchschnitte 35 530 Mark jährlich, also nur $\frac{1}{3}$ der berechneten Verwaltungskosten und nur die Hälfte desjenigen Betrages an Verwaltungskosten, der durch Aufhebung des Kautionszwanges unmittelbar erlöst werden könnte.

Esterhazy=Dreyfus.

Der Brief Zola's ist in Paris das große Tagesereigniß. Der „Eindhaftungs Fonds“, dessen Bildung der Anwalt Eßerhaghs dem Zengen Mathieu Dreyfus vor dem Kriegsgericht als ein Vergehen anrechnete, ist jedenfalls noch nicht erschöpft, denn die „Aurore“, in der die Epistel an den Präsidenten der Republik heute früh erschien, wurde, wie vor einigen Tagen der „Siecle“ mit dem Anklageakt gegen den Hauptmann Dreyfus, massenhaft verteuft und nach allen Richtungen verandt. So werden ungezählte Tausende in Paris und in der Provinz das Schreiben Zola's lesen, das mit unerbittlicher Schärfe den großen Generalstab für die Verurtheilung des Dreyfus und die Freisprechung Eßerhaghs verantwortlich macht und öffentlich Anklage gegen seine Chefs, gegen zwei Kriegsminister, mehrere andere Offiziere und auch gegen die drei Schriftexperten erhebt, die im letzten Prozeß nicht alle

Charakterzüge der Handschrift Esterházy's in dem Vorderreau erkennen wollten.

Der „Suff. Ztg.“ wird vom gefrigen Tage aus Paris geschrieben: Die Negishörer widerholten heute Vormittag ihre gefrige Straßenumgebung gegen Zola und die Juden. Einen jungen Mann, der ihnen mit einem „Hoch Zola!“ entgegentrat, mißhandelten sie, bis die Polizei herbeieilte und sie zu Paaren trieb. In der Rue Nidelen hat sich ein Dauerausbruch der Klerikalen gebildet, der die Veranstaltung und Leitung von Straßenumgebungen in die Hand genommen hat. Für Sonntag ist ein großer Aufzug zu Ehren des in den Ruhestand tretenden Generals Sauffier geplant, der einen scharf antisemitischen Charakter bekommen soll. Die allgemeine Aufregung führt überall zu Zusammenstößen. Gestern und heute wurden auf der Börse Offiziere ausgetauscht; heute schlugen sich ein protestantischer und ein jüdischer Negishanwalt Namens Oser und Hesse auf Degen und wurden beide leicht verwundet. „Siecle“ bringt neue Aufschlüsse über das verdrängte geheime Papiersch, das 1894 die Offiziere des Kriegsgerichts zur Verurteilung Dreyfus' bestimmte. Dieser ungeheuerliche Negishbruch ist ausschließlich das Werk des Generals Mercier, der seine Missethat vor allen anderen Ministern mit Ausnahme des damaligen Ministerpräsidenten Dupuy geheim hielt. Der damalige Präsident der Republik Cassimir-Perier bezweifelte Dreyfus' Schuld; darauf zeigte Mercier ihm das Papiersch, den angeblichen Brief Schwarzkopps an Banizzardi, mit dem Schlusssatz „der Hallunke „D“ wird eingeschoben zu anspruchsvoll“. Cassimir-Perier erklärte sofort, dieses Papiersch bewiese nichts, aber Mercier hinierte sich wohl, ihm zu betonen, daß er es den Ministern im Beratungszimmer zugestimmt hatte. Das erfährt Cassimir-Perier erst 1896 durch die Veröffentlichung des „Eclair“, wie er persönlich mehreren Senatoren und Abgeordneten ergabte. Das Papiersch gelangte schon 1893 in den Besitz des großen Generalstabes, wurde aber für nichtsagend gehalten. Erst im Jahre 1894 kam der in Wafsinum verorbene Oberst Sandherr auf den Einfall, „D“ müsse Dreyfus bedeuten, und gab den einzigen jüdischen Offizier des Generalstabes dem General Mercier an. „Siecle“ erklärt auch zu wissen, wer das Lichtbild des Papierschens Eterghub durch die verleierte Dame zustucken ließ, und verspricht, dies vor den Geschworenen zu enthüllen. Das Blatt verlangt nicht, daß die Offiziere des ersten Kriegsgerichts strafredlich verfolgt werden, obson daß Gesetz dies ausdrücklich vorsehreibt, denn sie hätten nur aus Unwissenheit gefündigt, und der elende Betrüger sei General Mercier; es erwartet aber vom Justizminister, daß er die begangene Ungefähigkeit unverzüglich dem Kassationshof anzeige.

Weiter wird gemeldet: In Paris zirkuliren allerlei unfotografirbare Gerichte, so selbst man übereinstimmend die bevorstehende Verhaftung Mathieu Dreyfus'; der „Sour“ berichtet von der Verfolgung Nadamard's, des Schwiegeraters des Hauptmanns Dreyfus, des Abgeordneten Reich, des Rechtsanwalts Leblos zc. Dem morgigen Ministerrath wird mit größter Spannung entgegengegehen, da man Beschlüsse gegen das „Dreyfus-Syndikat“ erwartet. Der „Temps“ wird demnach einen Protest fast aller Mitglieder der wissenschaftlichen Institute Frankreichs zu Gunsten Dreyfus' veröffentlichen; das „Schriftstück“ wird über 500 Unterschriften tragen.

Aus dem Reiche.

Die Kaiserin hat dem Evangelisch-Kirchlichen Hilfsverein 1000 Mark für die Gemeinde-Diäonie in Nüßdorf, 300 Mark für den Saalbau bei dem Vereinspaus in Marienburg und 100 Mark für die Begründung einer Diakonissenstation in Mühlbach in der Mark überwiesen. -- Der 65jährige **Prinz Georg von Sachsen**, der Bruder des Königs, ist an einem Magen- und Darmkatarrh erkrankt und deshalb genöthigt, das Bett zu hüten. Seit Mittwoch ist, wie wir dem „Dresd. Journ.“ entnehmen, eine wesentliche Besserung in seinem Befinden eingetreten. **Landgerichtsdirektor Darsch** beim Leipziger Landgericht ist, wie das „Leipziger Tageblatt“ meldet, an Stelle des am 1. Februar in den Ruhestand tretenden Reichsgerichtsrathes Dr. Wiesend zum Reichsgerichtsrath ernannt worden. -- In **Alarmzustand** befindet sich seit Mittwoch Mittag die ganze **Garnison Berlin** auf Befehl des Gouvernements. Der tägliche Urlaub der Mannschaften wird dadurch nicht beschränkt, nur ist jeder dafür verantwortlich, daß er, wenn Alarmirt wird, die betreffenden Signale hört und sich sofort bei seinem Truppentheile einfindet. Bei der kravallerei liegen die Sättel kriegermäßig ausgerüstet bei den Pferden. Man vermuthet, daß der Kaiser die Garnison zur Nachtzeit alarmiren werde. -- Daß von der Berliner Stadverordneten-Verammlung an den Magistrat gestellte Gesuchen, in den nächstjährigen Etat 4000 Mark einzuflechten zum Zwecke der **Unterstützung von Lehrern zu naturwissenschaftlichen Reisen** hat das Magistratskollegium abgelehnt. -- Bei dem Berliner Magistrat ist angeregt worden, die **Sommerferien der Gemeindeschulen** in diesem Jahre, die am 1. Juli beginnen sollen, um acht Tage hinauszuschieben, da der 1. Juli als Anfangstag der Ferien nicht geeignet erscheint. Der Magistrat hat nun geistern be-

geht, offen, beim Winter für hien vorstellig zu werden, den Anfang der Sommerferien auf den 8. Juli zu verlegen und dementsprechend den Schulunterricht acht Tage später beginnen zu lassen. — Aus der dem Abgeordnetenhaus eobien zu-gegangenen Lebenschrift über den Eisenbahnverkehr für 1896—97 ist zu ersehen, daß aus dem Ver-kauf der **Platzkarten** zu den D-Zügen in diesem Jahre 9,13 Prozent mehr als im Vorjahre, nämlich 2 420 131 Mark, gelöst worden sind, weil die Anzahl der Platzkarten um 4,69 Prozent, auf 1 745 330 Stück, gestiegen ist. Es ver-fuhrten am Ende des Betriebsjahres D-Züge auf 14 Linien, darunter 9 von Berlin ausgehenden Linien. Die Zahl der **Wahnsitzkarten**, welche 1896—97 verkauft wurden, betrug 17 464 436 mit einem Erlös von 1 746 489 Mark. Im Vorjahre waren nur 13 924 320 Stück verkauft worden. — Daß Stadterordneten-Kollegium zu Köln beschloß gestern neben dem allgemeinen Arbeitsnachweis die Einführung eines **Wohnungsnachweises für Arbeiter und kleinere Beamte**. Neben einem einmaligen Kredit wurde ein jährlicher

Beitrag von 8000 Mark bewilligt. — Eine Petition an den deutschen Reichstag ist von Fräulein Marie Kahlke, Fräulein Dr. jur. Antonie Augspurg und Frau Minna Cauer im Auftrage vieler Frauen am 12. d. M. eingereicht worden. Die Petitionnen fordern, daß bei Revision des Gerichtsverfallungsgesetzes 1. die **Vormundschaftsgerichte** in der Weise zu organisiren seien, daß zur Entscheidung derjenigen Streitigkeiten, welche durch das bürgerliche Gesetzbuch und sonstige Gesetze ihnen zugewiesen sind, Laien zugezogen, und daß zu diesem Laienrichtern **auch Frauen** berufen werden können. 2. Zu Erbsöhnen und Geschworenen können auch Frauen, die das 30. Lebensjahr vollendet haben, berufen werden. — **Oberbürgermeister Diefing** in Elstft hat, wie die „**N. N. Adr.**“ melden, sein Pensionsgesuch eingereicht. — Der verstorbene Weinbändler **Jünde** in Danzig hat der Stadt 150 000 Mark zum Bau einer Stadthalle mit großem Konzertsaal und eine gleiche Summe dem Armenunterstützungsverein vermacht.

Deutschland.

Berlin 15. Januar. Im kaiserlichen Gesundheitsamt tritt heute unter dem Vorsitz des Direktors, Wirklichen Geheimen Oberregierungs-rathes Dr. Köhler, eine Konferenz, bestehend aus Landwirthren, Thierärzten und Bakteriologen zusammen, um über die Erforschung und Abwehr der unferen Landwirthschaft so schwer schädigenden Mauts- und Klauenseuche zu berathen. Diesen Beratungen sind zu Grunde gelegt die Ergebnisse der experimentellen Forschungen der beiden Kommissionen, die über diese Seuche im Gesundheitsamte und im preussischen Institut für Infektionskrankheiten seit April vorigen Jahres arbeiten. An der Konferenz nehmen u. A. Theil: als Landwirth: Sr. Excellenz, Staats-minister Graf von Zeppelin-Trübschler auf Nieder-Gr. Borau, Rittergutsbesitzer von Freie auf Lopperlum (Ostfriesland) und Büßing auf Berg Kriegsboven (Rheinpr.), Domänenpächter F. König zu Ellingen (Baiern), Deconomierath Dähnel auf Kuppitz (Sachsen), Deconomierath Meyer zu Heilbronn, Deconom Frank auf Eudenberg bei Pforzheim, Domänenrath Rettich zu Nostod; als Thierärzte Professor Dr. Schüz und Engelung aus Berlin, Göring (München), Dr. Seidengroß (Dresden), Dr. Lydin (Baden-Baden), Dr. Lorenz (Darmstadt), Bollers (Hamburg); als Bakteriologen: Dr. Vöf f i e r (Greifswald), Oberstabsarzt Dr. Weißer (Berlin).

— Bei dem Allgemeinen konservativen Parteitag, welcher am 1. und 2. Februar in Dresden stattfindet, wird Febr. von Mantuffelkroffen über die allgemeine Stellung der Partei, die Herren Dr. Klasing-Wielefeld über Sozialpolitik und Graf von Rantz-Bodungen über Wirtschaftspolitik sprechen und den Bericht über die Reichstagswahlen wird Graf zu Limburg-Stirum übernehmen. — In dem Laufzug des Parteivorstandes wird bemerkt, daß Vertreter der gemäßigten Presse, soweit es der Raum gestattet, unbefangene Zulassung gewährt werden soll.

— Der neue Präsident des Abgeordnetenhauses, Jordan v. Kröcher, gehört diesem seit 1888 als Vertreter der beiden Prießnitzer Kreise an, nachdem er schon 1879—82 denselben Wahlbezirk vertreten hatte. Er ist am 23. Mai 1846 auf Henschelballe bei Gardelegen geboren, erhielt seine Gymnasialbildung auf dem hiesigen Gymnasium in Gütersloh in Westfalen und bezog 1865 die Universität, trat aber 1866 als Avantagier beim Infanterieregiment Nr. 6 ein, stand später beim Landregiment Nr. 16 und seit 1867 beim 1. Gardebataillon. Mit diesem machte er die Affäre bei Warschau-Toornit und wurde dort und nochmals bei Sedan verwundet. Im Jahre 1875 nahm er seinen Abschied, um sich der Landwirtschaft zu widmen. Er ist Besitzer von Lünzberg und Bogtsbrügge und für- und neumärkischer Hauptreiterschloßdirector. Herr v. Kröcher gehört der ärgsten Rechten an. Vor einigen Tagen wurde er von den Konservativen des Wahlkreises Salzbedel-Gardelegen, die Dr. Schütz-Lupitz verdrängen möchten, als Kandidat für die nächsten Reichstagswahlen in Aussicht genommen.

Oesterreich-Ungarn.

Zusatz. 14. Januar. Der Landtag nahm den von den Konservativen mobilisirten Antrag der deutlichen Abgeordneten an, nach welchem der Landtag unter entschiedener Verurtheilung der unehörbaren Vorgänge im Parlament, wodurch die Nützlichkeit desselben unmöglich gemacht worden sei, die Einleitung der Veröhnungs-Aktion im Landtage Böhmens und Wahrens fruchtigst begrüßt und die Erwartung ausspricht, daß es der Regierung gelingen werde, unter Bewilligung der gerechten Forderungen eine Regelung der Sprachenverhältnisse herbeizuführen, sowie endlich die Nothwendigkeit betont, daß den gerechten Beschwerden gegen die Sprachen-Erlasse abgeholfen werde.

England.

Der vor Kurzem im Khaibar-Passe von den Afridis ermordete englische General Havelock-Allan fällt ein sehr bitteres Urtheil über den Feldzug des Generals Lockhart in Indien. Am Dienstag traf ein von Bombay, den 14. Dezember, datirtes Schreiben des Generals Havelock-Allan an seinen Freund Patterson in Darlington in England ein. Es befinden sich in dem Briefe die folgenden Stellen:

„Die Nachrichten vom Kriegsschauplatz sind so widersprechend, daß ich mir keine Ansicht bilden kann, bis ich in Peshawar eingetroffen bin. Wenn ich aber zwischen den Zeilen lese, scheint es mir leider, daß keine Aussicht besteht, daß der Feldzug dieses Jahr beendet wird. Ich habe das schon vor zwei Monaten geahnt. Unsere Truppen werden Winterquartiere beziehen, und im Frühjahr aufs neue beginnen müssen. Das bedeutet wahrscheinlich, daß das indische Volk einen weiteren Betrag von 3—4 000 000 Pfund Sterling zu zahlen haben wird. Wenn das der Fall ist, so wird der Feldzugsplan gewiß später im Parlament scharf kritisiert werden. Es ist in diesem Stadium sehr schwer zu sagen, ob die Militär- oder Zivilbehörden Schuld tragen. Der Oberbefehlshaber kann durch Anweisungen der indischen Regierung gebunden gewesen sein. Jedenfalls ist der Verzug unheilvoll, und er hätte meiner Meinung

nach leicht vermieden werden können durch eine richtigere Auffassung von der Dauer des Feldzuges. Es ist bedauerlich, daß die Pest trotz der übermenschlichen Anstrengungen des Gouverneurs Lord Sandhurst im Punjabstrik nicht abnimmt. Seine gewissenhafte Ueberwachung der Bevölkerung wird aber jedenfalls in kurzem gute Ergebnisse erhalten. Ich fürchte jedoch, daß die Pest sich aufs neue nach Bombay Bahn bricht."

Diese letzte Befürchtung des verstorbenen Generals ist bereits in Erfüllung gegangen. Wie ein Telegramm aus Bombay meldet, sind dort in den letzten 48 Stunden 142 Erkrankungen an Pest vorgekommen, von denen 105 tödtlich verliefen. Die Epidemie ist jetzt wieder annähernd so heftig, wie bei dem ersten Ausbreiten. Im Falle nicht vor dem Eintritt der Sonnenfinsterniß am 22. Januar eine Besserung erfolgt, werden weitgehende Auswanderungen und eine allgemeine Einstellung der Geschäfte befürchtet.

Russland.

Petersburg, 14. Januar. Heute fand hier die Leichenfeier für den verstorbenen Minister für Volksanflörung Grafen Deljanow statt im Beisein des Kaisers Nikolaus, des Großfürsten und der Großfürstin Vladimir und der Großfürstin Konstantin und Michael Nikolajewitsch. Die Leiche wurde sodann auf dem Armenierkirchhof beigelegt.

Stettiner Nachrichten.

* **Etterin**, 15. Januar. Verhaftet wurden hier der Arbeiter Albert Einsie und der Arbeitsbursche Karl Schulz, beide unter dem Verdacht des Diebstahls. Ferner wurde eine gefährliche Diebin in der Person der 18 Jahre alten Aufwärterin Auguste Brögmann festgenommen, dieselbe hat verschiedene Herrschaften bei denen sie Aufwartestellen hatte, in der freiesten Weise bestohlen. Das Mädchen ist wegen eines gleichen Vergehens bereits vorbestraft.

* Bei zahlreichen in letzter Zeit abgehaltenen Hausdurchsuchungen wurden als mutmaßlich aus Vandalenstählen herrührend beschlagnahmt: ein rothgestreiftes, ein graues und ein rothweißgrau gestreiftes Bettstüd, ein kupferner Kessel und anderes Kupfergeschirr, mehrere bunte Mützköpfe, ein rothbeidenes Tuch, gezeichnete P. M., Kleidungsstücke, Wäsche und Wandförm. Die Sachen befinden sich in polizeilichem Gewahrsam.

* Vom Wagen des Mühlenbesizers Stuebe wurde in der Apfelallee eine Pferdebede entwendet.

* Im Hause Falkenwalderstraße 103 wurde eine Bodenkammer erbrochen und eine Partie Frauenkleider, sowie ein Waschkorb gestohlen.

— Die Beiträge zur Invaliditäts- und Altersversicherung der versicherungspflichtigen Seelenteile von den Rhedern an die Geschäftsstelle für die Invaliditäts- und Altersversicherung der Seelenteile in Bielefeld abzuführen und zwar stets für das abgelaufene Jahr in den ersten sechs Wochen des neuen Jahres. Die Beitragszahlung darf von den Rhedern ohne Aufforderung zu erfolgen. — Für den Fall der Nichterstattung der Fristen die betreffenden Bundesratsvorschriften Ordnungskrafen vor. Wir bringen deshalb den Rhedern die ihnen obliegende Verpflichtung in Erinnerung.

— Gern hielt Herr Oberlehrer J. A. Köhler in der Raudomser Moskerei einen Vortrag über die Frage: „Welches System ist leichter zu erlernen, das Einheits- oder das Gabelsberger oder das Einigungssystem Stolz's oder Schrey's?“. Nachdem wir an zahlreichen Beispielen nach, daß im Einigungssystem die Zeichen ungewöhnlich, daß insbesondere die Konsonantenübersetzungen sowie auch andere Bestimmungen unnothwendig, zum Theil widersinnig seien und daß sie daher das Gedächtniß des Lernenden außerordentlich erschweren. Im System Gabelsberger dagegen ergebe sich alles in natürlicher Weise aus einheitlicher Grundlage; dieses verdiene daher den Namen Einheitsystem. Aus diesem Grunde sei auch das Einigungssystem nicht zu empfehlen.

Aus den Provinzen.

Ewinemünde, 14. Januar. Wie die „Ewinem. Ztg.“ mittheilt, haben die deutschen Sozial-Reformer des hiesigen Kreises gestern Abend beschlossen, Herrn Wittmeister v. Böhrendorf-Altlin auf Regezow als Kandidaten für die nächste Reichstagswahl aufzustellen. Für Herrn v. Böhrendorf wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach auch der Wund der Landwirthe entscheiden.

Gerichts-Beituna.

* **Stettin**, 15. Januar. Ein trübes Familienbild entrollte die Verhandlung, welche heute vor dem hiesigen Schwurgericht stattfand: Die 54jährige Arbeiterwitwe Christine Spoth geb. Williams stand unter der Anklage ihren um ein Jahr älteren Gemann in der Zeit vom Herbst 1896 bis zum 8. September 1897 fortgesetzt mißhandelt zu haben mit dem Erfolge, daß in Folge der Körperverletzung der Mann zu Tode kam. Mißhandelt sind der 24 Jahre alte Sohn Hermann und die 13jährige Tochter Emilie, ein für ihr Alter ungewöhnlich kräftig entwickeltes Mädchen, beide Kinder sollen ebenfalls im letzten Jahre den Vater wiederholt mißhandelt haben. Die Erstgeburt wohnete früher in Kadow und die Kinder befinden sich wohl noch dort, während die Mutter in das hiesige Untersuchungsgefängniß hat wandern müssen. Der Sohn ist übrigens mehrfach wegen Körperverletzung und zwar nicht unerheblich bestraft, er scheint demnach überhaupt ein gewaltthätiger Mensch zu sein. Die Frau giebt auf Befragen an, sie habe ihren jetzt verstorbenen Mann vor 33 Jahren geheiratet, von den der Ehe entsprossenen Kindern leben noch sechs, Hermann und Emilie sind die beiden jüngsten und sie befanden sich während der für die Anklage in Frage kommenden Zeit

Die Anklage in Frage kommende Zeit anscheinend allein im elterlichen Haushalt. Der Mann soll dem Trunke ergeben gewesen sein und in den ersten Jahren der Ehe ist es häufig deshalb zu Streitigkeiten gekommen, wobei dann auch Schläge für Frau und Kinder nicht ausblieben, im Laufe der Zeit kam jedoch der Mann in Folge des übermäßigen Alkoholgenußes geistig und körperlich immer mehr herunter und nun wurde der Spieß umgedreht, der Mann bekam von der Frau und den Kindern Prügel. Die Mißhandlungen sollen seit dem Herbst 1896 einen grausamen Charakter angenommen haben und der Mann war denselben um so mehr preisgegeben, nachdem er im Mai 1897 von dem letzten Arbeitgeber entlassen worden war, es wurde ihm kaum noch das Essen gönnmt und er mußte auf dem Heuboden schlafen, selbst man ihn überhaupt im Hause bildete. Dimalß soll der Mann brennstäubig vor die Thüre geworfen worden sein, sodaß er sich draußen einen Unterschlupf suchen durfte. Gelpantschoff, die Eide und allerlei Gerächtschaffungen dienten als Wertgegenstände für die brutalen Mißhandlungen und nicht selten soll der Mann, um sich zu retten, im Heim auf die Straße gelaufen sein. An

